

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Diensttag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 40 Mark, monatlich 10 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig. Nach auswärts Portozuschlag.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhofstraße 5 und von allen Anzeigen-Ergebnissen angenommen. Die sechsgehaltene Zeitzeile kostet 10 Pfennig, die Restzeile 70 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Brieße, Lehntz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder. Anzeigenpreis für die neugegründete Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, answärts 20 Pfennig. Reklamazeile 80 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs.

Nr. 135.

Postfach-Konto: Berlin 62 448

Sonnabend, den 27. September 1924

Postfach-Konto Berlin 62448.

23. Jahrg.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Die Kastanienreine der Straßbäume wird am Montag, den 29. d. Mts., vormittags 10 Uhr, im Rathaus, Zimmer 2, öffentlich meistbietend versteigert. Birkenwerder, den 26. September 1924.

Der Gemeindevorsteher. J. B. Rojewau, Gemeindegewisse.

Der Gemeindevorsteher Bergfelde.

Einladung zur Gemeindevertreter-Sitzung. Zu der auf Montag, den 29. September 1924, abends 8 Uhr bei Herrn, Fichtstraße 3 anberaumten Versammlung der Gemeindevertreter, in der über die in nachstehender Tagesordnung verzeichneten Gegenstände beraten oder beschloffen werden soll, werden sämtliche Mitglieder der diesigen Gemeinde-Vertretung hiermit unter dem Hinweis eingeladen, daß die Nichtanwesenden sich den gelassenen Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Tagesordnung:

- 1. Erlass eines 6. Nachtrages zur Hundesteuerordnung.
- 2. Verschiedenes.

Bergfelde, den 26. September 1924.

Der Gemeindevorsteher. J. B. Prentki.

Hohen Neuendorf.

Der Gemeindevorsteher macht bekannt:

Die Fenster und Türen der Gemeindefabrik und Turnhalle sollen während der demnächst beginnenden Schulferien gestrichen werden. Schriftliche Preisangebote sind geschlossen bis zum 26. d. Mts. einzureichen. Unterlagen können von der Gemeindebauabteilung bezogen werden.

Ziegenochsaktion.

Die Ziegenochsaktion besteht mit einem Alt- und einem Jungbock, befindet sich jetzt Drahtenburger Straße 2. Jeder Ziegenbesitzer, der seine Ziege beden lassen will, muß sich gegen Zahlung der Deckgebühren von 1,50 Mark im Gemeindefabrik, Zimmer 7, einen Deckschein einlösen. Ausdrücklich wird darauf aufmerksam gemacht, daß andere Böcke in der Gemeinde Hohen Neuendorf zum Decken fremder Ziegen nicht zugelassen sind. Jeder Ziegenbesitzer, der seine Ziegen zum Decken läßt und nicht im Besitz eines Deckscheines ist, macht sich strafbar. Die Polizeibeamten haben besondere Anweisung, hierauf zu achten.

Kurze Nachrichten.

- Das Preussische Staatsministerium hat sich für eine Abänderung der Reichsverfassung dahin ausgesprochen, daß das Verbot von Orden und Ehrenzeichen nicht auf die Rettungsmedaille bezieht. Man kann nur wünschen, daß die Ausnahmegerichtsurteile der Rettungsmedaille möglichst bald beschlossen wird, denn ein künstlicher noch so wertvolles Diplom ist niemals ein vollgültiger Ersatz für diese ehrenvolle Medaille.
- Die Deutsche Volkspartei fordert die Umbildung des Reichskabinetts insofern, daß auch die Deutschnationale Volkspartei zur verantwortlichen Mitarbeit in der Reichsregierung herangezogen wird.
- Die deutsch-belgischen Wirtschaftsverhandlungen werden in der zweiten Hälfte des Oktober wieder aufgenommen.
- Das belgische Königspaar hat sich infognito nach England begeben.
- Wie aus Brüssel gemeldet wird, plant auch Belgien die Erhebung einer 20prozentigen Abgabe von der deutschen Einfuhr nach Belgien.
- In London sind alle Vorbereitungen zur Auflegung der deutschen Anleihe getroffen worden.
- Der Reichsfinanzminister hat erklärt, daß eine allgemeine Auswertung von Kriegsanleihen nicht möglich ist.
- Das Luftschiff „J. M. 3“ ist am Donnerstag früh zu seiner zweiten Probefahrt aufgestiegen.
- Der feingebildete „Zaubertrick“ der Wendel tritt in einem Artikel für die Zusammenarbeit der Wirtschaftsgewerkschaften und Elaf-Vereinigungen ein.

Die Weiterleitung des deutschen Memorandums.

Gesamtlich wird mitgeteilt. Das Memorandum über den Eintritt Deutschlands in den Bunkerbund, das den beteiligten Regierungen durch die deutschen Vertreter überreicht werden soll, ist in der gestrigen Sitzung des Ministerrats genehmigt worden und wird nunmehr umgebend den in Frage kommenden deutschen Auslandsvertretungen zugestellt werden.

Sittler und Kriebel werden freigelassen.

In München wird amtlich bekanntgegeben: „Die Strafammer des Landgerichts München hat hinsichtlich der Bewährungsfrist für Adolf Sittler, Kriebel und Dr. Weber folgenden Bescheid gefaßt: Dem Schriftsteller Adolf Sittler und dem Oberleutnant a. D. Hermann Kriebel werden mit Wirkung vom 1. Okt. an für den bis dahin noch nicht veräußerten Wert von 1.000.000 Mark des Volksgericht München gegen sie erkannten Gefängnisstrafe von 5 Jahren Strafmindernde und Bewährungsfrist von 4 Jahren bewilligt.“

- London. Ministerpräsident MacDonald hat sich nunmehr damit einverstanden erklärt, im Laufe der nächsten Woche die Deputation der Bergarbeiter zu empfangen.

- Peking. Die Vertreter Englands, Amerikas und Japans haben der chinesischen Regierung erklärt, daß eine Intervention im chinesischen Bürgerkrieg nicht in Frage komme.

Um die 800-Millionen-Anleihe.

Vorbereitungen in London.

Wie die Londoner Blätter übereinstimmend melden, sind inzwischen alle Vorbereitungen für den auf den Londoner Markt entfallenden Anteil der 800-Millionen-Anleihe für Deutschland endgültig getroffen.

Ueber die Emissionsbedingungen schwanken die Angaben noch, London berichtet von einem Ausgabezinsfuß von 95 Proz., wohingegen man in New York von einem Zinsfuß von 7,5 bei gleichem Ausgabezinsfuß spricht. In London werden nicht weniger als 10 Millionen Pfund als Minimum und nicht mehr als 15 Millionen als Maximum angenommen. Reichsbankpräsident Dr. Schacht weist in London und führt die Verhandlungen.

Die Ansicht der amerikanischen Bankiers.

In amerikanischen Finanzkreisen hatte man damit gerechnet, daß die Anleihe schon zu einem erheblichen früheren Termin aufgelegt werden würde. Die an der deutschen Anleihe interessierten Bankiers sind deshalb über die Verzögerung ziemlich enttäuscht und weisen darauf hin, daß eine spätere Auflegung vielleicht eine weniger günstige Marktlage sände; daher sei ein früherer Termin erwünscht. Die Verzögerung hängt hauptsächlich mit den technischen Schwierigkeiten bei den internationalen Verhandlungen zwischen den Bankier, Londoner und New Yorker Bankiers zusammen. Niemand befürchtet natürlich eine Gefährdung der Anleihe an sich.

Die deutschen Auslands-Handelskammern.

Das Ziel der Arbeit.

Die Berliner Tagung der deutschen Auslands-Handelskammern ist bis zum Ende in harmonischer Weise verlaufen. Die auf der wichtigen Tagung geleistete Arbeit fand ihren Niederschlag in einer einstimmig gefaßten Entschließung, in der es u. a. heißt:

Von dem Wunsche befehle, ihre Zusammenarbeit mit der Heimat immer inniger zu gestalten, beklennen sich die in der Tagung der deutschen Außenhandelskammern zu Berlin vertretenen sämtlichen deutschen Auslands-Handelskammern zur Pflicht, an ihren Plätzen mit allen Kräften am Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und insbesondere des Güterausstausches zwischen der Heimat und den Gaststaaten mitzuarbeiten. Sie stellen ihre Organisation und ihre Erfahrungen nicht nur ihren Mitgliedern und den an diesem Güterausstausch beteiligten Kreisen, insbesondere den der deutschen Exportwirtschaft gewidmeten deutschen Inlands-Organisationen zur Verfügung, sondern auch den Behörden des Reiches und der Großstaaten.

Wie es in der Entschließung weiter heißt, erklären sich die Auslands-Handelskammern gern bereit, durch gutachtliche Tätigkeit alle deutschen Bestrebungen zu unterstützen. Sie geben dem Wunsche Ausdruck, daß die genannten Amtsstellen sich über die Auffassung der in den betreffenden Gaststaaten ansässigen deutschen Auslands-Handelskammern und verwandten Organisationen durch ständige Führungnahme dauernd orientieren und daß sie selbst vor und bei handelspolitischen Unterhandlungen mit dem betreffenden Gaststaaten gutachtlich gehört werden. Sie richten schließlich an die Regierungen des Reiches und der Länder und an die dem Handel und der Industrie gewidmeten Organisationen die Bitte, die deutsche Öffentlichkeit und die deutschen Inlandsbehörden über Wesen und Wichtigkeit deutscher Auslands-Handelskammern aufzuklären.

Beneschs doppeltes Gesicht.

Der „deutschfreundliche“ MacDonald.

Wie aus Prag gemeldet wird, ist man in den dortigen amtlichen Kreisen mit dem bisherigen Ergebnis der Bitterkündigung nicht sonderlich zufrieden. Man verheißt sich nämlich nicht, daß sich der tschechische Außenminister Benesch dort mit seinem Garantiepaakt eine unerkennbare Niederlage gefolgt hat. Demgegenüber läßt Benesch selbst indessen verstehen, daß er sehr zufrieden sei. Die gesamte offiziöse Presse strahlt ihn aber an.

Zunächst wird in eigenen Telegrammen der offiziellen Presse einbringlich auseinandergesetzt, daß die Rede des englischen Premierministers bei einer ganzen Reihe von Delegationen eine sehr große Verwirrung hervorgerufen habe, weil MacDonald „sein Verhältnis“

nis für die besonderen Verhältnisse der kleinen Staaten zeigte, deren Existenz und Sicherheit ohne Garantien nicht verbürgt werden kann“. Und dann kommt in breiterer Art alles abspredende, was sich in Pariser Blättern über die Ausführungen des leitenden englischen Ministers findet. Der „Figaro“, „Gaulois“, „Matin“ und das „Echo de Paris“, die ganze nationale französische Presse läßt Dr. Benesch als Heister aufmarschieren, um zu beweisen, daß MacDonald in Geis den Versuch gemacht habe, nunmehr auch die territorialen Klauseln des Versailles Vertrages auszugleichen. — Er habe damit endlich seine deutschfreundliche Gesinnung verraten und sich in Geis als der Mann entpuppt, der 1914 das deutsche Verbrechen nicht eingesehen habe und der nun für Frankreich nicht mehr als eine „kompetente Persönlichkeit“ gelten könne.

Danach zu urteilen, kann Herr Benesch doch ganz unmöglich zufrieden sein. Was Deutschland anbetrifft, so wird man sich das alles wieder ins Gedächtnis zurufen müssen, wenn es Benesch wieder einmal gefallen sollte, den Deutschenfreund zu markieren.

Preussischer Landtag.

— Berlin, 24. September.

Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung die Abänderung der

Personalsabba-Verordnung

mit den dazu vorliegenden Auswahlanträgen beziehungsweise Entschlüssen. Der Ausschuß hat nur den Antrag der Deutschnationalen, „das Reichsministerium zu ersuchen, daß durch die baldige Vorlage eines entsprechenden Reichsgesetzes die Bestimmungen des Reichsentscheidens über die Abänderung der preussischen Personalsabba-Verordnung entgegenstehen“, zur Annahme empfohlen, dagegen alle übrigen Anträge abgelehnt. Ferner hat die Mehrheit des Ausschusses Entschlüssen vorgeschlagen auf Vorlage eines Gutachtens darüber, ob der Abbau von Wahlbeamten mit der Reichsverfassung in Einklang zu bringen ist und bis dahin den Abbau von Wahlbeamten zu unterlassen. — Das Staatsministerium wird ferner ersucht, entsprechend dem Beschluß des Reichstags und dem Vorgehen der Reichsregierung jeden weiteren Personalsabbau auf Grund der Verordnung einzustellen.

Nach einer kurzen Aussprache, in der auch die Vorgänge in Berlin, Rassel und Hannover gestreift werden, wird ein deutschnationaler Antrag, die Entschlüssen über den Abbau von Wahlbeamten an den Ausschuß zurückgeben zu lassen, abgelehnt. Ueber die Entschlüsse betreffend Auslegung des Abbaues von Wahlbeamten findet namentlich die Abstimmung statt. Die Abstimmung ergibt bei 184 abgegebenen Stimmen die Beschlußfähigkeit des Hauses. Die Sitzung wird geschlossen und eine neue Sitzung drei Minuten später anberaumt.

Nach Wiederöffnung der Sitzung wird der Etat der Seehandlung nach kurzer Aussprache angenommen. Es folgt der

Gesamt der landwirtschaftlichen Verwaltung

Der Referent, Abg. Dr. Milberg (Dnt.), geht in seinem mündlichen Bericht besonders auf die wichtige Lage der Landwirtschaft, auf die Notwendigkeit landwirtschaftlicher Schutzgelder und auf die der Stundung der rückständigen Steuern ein.

Abg. Held (D. W.) erhebt Einspruch gegen die Haltung des Ministerpräsidenten zur Zollvorlage.

Darauf wird die Beratung abgebrochen.

Donnerstag 12 Uhr: Weiter Abhandlungen über die Entschlüssen zum Beamtenabbau, Weiterberatung des landwirtschaftlichen Etats.

— Berlin, den 25. September.

Zu Beginn der Sitzung soll zunächst über die verschiedenen Entschlüssen zum Beamtenabbau abgestimmt werden. Es stellt sich jedoch heraus, daß das Haus wiederum beschlußfähig ist. Nach einer kurzen Pause beräumt der Präsident eine neue Sitzung an, auf deren Tagesordnung der

Landwirtschaftsstat

steht. Der sozialdemokratische Redner Heimann wendet sich gegen die Schutzvorlage der Reichsregierung. Die Begründung dieser Vorlage sei zum üblichen Unfug geworden. Getreidepreise wären in dieser Zeit ein Verbrechen am Volke. Wölfe und Gehärfte seien in einem Mißverhältnis zu den hohen Lebensmittelpreisen.

Der Redner des Zentrums Abg. Herold weist darauf hin, daß die Witterungsverhältnisse die Ernteaussichten schwer geschädigt haben. Insbesondere hat der Regen den Landwirten in weiten Bezirken jede Hoffnung auf einen leidlichen Ernteertrag geraubt. Dennoch hat der Landwirt den Kampf mit diesen Witterungsverhältnissen